

Lehrstoffplan
zur Ausbildung der Hilfspolizeibeamtinnen und Hilfspolizeibeamten
 (Stand: 18. Juni 2007, StAnz. 27/2007, S. 1.328 ff.)

1. Verfassungsrecht und allgemeines Verwaltungsrecht

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<p><i>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - die Grundprinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaats sowie den Aufbau der Rechtsordnung verstehen - die Organe der staatlichen Gewalt in Bund, Ländern und Gemeinden und ihre Aufgaben kennen - Bedeutung, Reichweite und Einschränkung der Grundrechte kennen - Aufgaben und Aufbau der öffentlichen Verwaltung sowie die Grundzüge des Verwaltungsverfahrens beherrschen 	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsstaatsprinzip (Gewaltenteilung, Verhältnismäßigkeit) - Sozialstaatsprinzip - Grundgesetz, Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Rechtsverordnungen, Gefahrenabwehrverordnungen, Satzungen - Artikel 20 Abs. 2, 28 GG - Bundesorgane - Landesorgane - Gemeindeorgane - Art. 1, 2, 3, 4, 5, 8, 11, 12, 13, 14, 104 GG - § 10 HSOG - Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz - Verwaltungsgerichtsordnung - Anhörung - Verwaltungsakt - Ermessen - Widerspruch, Klage und einstweiliger Rechtsschutz 	<p>30</p>

2. Verhaltenstraining/Psychologie

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<p><i>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - den Zusammenhang zwischen eigener Rolle und Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger kennen - unterschiedliche Interessenlagen bei Bürgerkontakten zutreffend einschätzen beherrschen - sich der Bedeutung des eigenen Kommunikationsverhaltens bewusst sein - Verständnis für fremdes Kommunikationsverhalten entwickeln - situationsangemessene Handlungsmöglichkeiten erarbeiten und entsprechendes Verhalten üben - Bürgerorientierung als wesentlichen Bestandteil der täglichen Arbeit kennen 	<p>Grundlagen berufsspezifischer Verhaltensmuster</p> <ul style="list-style-type: none"> - erster Eindruck, Rolle, Erwartungshaltungen - Rollenkonflikt, Interessenlagen, Frustration/ Aggression <p>Aspekte zielgruppenorientierter und situationsangemessener Kommunikation</p> <ul style="list-style-type: none"> - verbale und nonverbale Kommunikation - ganzheitliches Ausdrucksverhalten, Empathie - Kommunikationsverhalten in exemplarischen Einschreitsituationen - Umgang mit Stresssituationen - Deeskalationsstrategien - Durchsetzungsfähigkeit - Bürgerorientierung als Element demokratischer, transparenter Verwaltung 	<p>24</p>

3. Eingriffsrecht

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<p><i>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtseingriffe gg. schlicht hoheitliches Handeln abgrenzen - in der Lage sein, unterschiedliche Situationen der jeweiligen Kompetenz zuzuordnen - die Möglichkeiten und Grenzen des Ermessens kennen - die Inhalte der Verhältnismäßigkeit beherrschen - anhand von Fällen aus dem täglichen Dienst die unterschiedlichen Eingriffsbefugnisse beurteilen - die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen der Generalklausel kennen und auf praktische Fälle anwenden können - die Verantwortlichkeiten nach dem HSOG kennen - die Anwendbarkeit von Ersatzvornahme und unmittelbarer Ausführung im täglichen Dienst beherrschen und voneinander abgrenzen - Zwangsgeld als weitere Vollstreckungsmaßnahme kennen - die Voraussetzungen für die Anwendung unmittelbaren Zwanges erläutern, sowie dessen Formen und den Umgang damit selbstständig beherrschen 	<p>3.1. Präventives Eingriffsrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eingriffscharakter von Maßnahmen - Kompetenzen, Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse - Ermessen, Verhältnismäßigkeit - Eingriffsbefugnisse aus dem HSOG - § 11 HSOG - öffentliche Sicherheit - öffentliche Ordnung - Gefahrenbegriff - Verantwortliche nach HSOG <p>Verwaltungszwang</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ersatzvornahme, unmittelbare Ausführung - Zwangsgeld - unmittelbarer Zwang 	<p>84 gesamt</p> <p>42</p>

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<ul style="list-style-type: none"> - den Aufbau des OwiG und das StGB sowie den Begriff der Ordnungswidrigkeit erläutern und von der Straftat unterscheiden - im Einzelfall das Vorliegen einer Ordnungswidrigkeit bzw. einer Straftat erkennen und die vollendete Tat vom Versuch unterscheiden - die Beteiligungsformen bei Ordnungswidrigkeiten und Straftaten kennen - die Begriffe Tateinheit, Tatmehrheit und die Folgen des Zusammentreffens von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten erläutern - in Grundzügen mit ausgewählten Tatbeständen aus dem StGB vertraut sein - die Zuständigkeiten beschreiben und die jeweils zuständige Verfolgungsbehörde bestimmen - die Reichweite des Opportunitätsprinzips im Ordnungswidrigkeitenrecht begründen und zum Legalitätsprinzip abgrenzen 	<p>3.2. Repressives Eingriffsrecht</p> <p>Strafgesetzbuch, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufbau OwiG und StGB - Begriff der Straftat und der Ordnungswidrigkeit, Rechtsfolgen, Kriterien der Prüfung - Versuch, Vollendung - Täterschaft, Teilnahme nach OwiG und StGB - Tateinheit, Tatmehrheit nach OwiG und StGB <p>Tatbestände aus dem Strafgesetzbuch</p> <ul style="list-style-type: none"> - für den täglichen Dienst relevante Tatbestände (V. a. §§ 113, 123, 138, 153-156, 164, 185-188, 223 ff, 240, 241, 303, 331-334 StGB) <p>Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Örtliche und sachliche Zuständigkeit - Pflichtmäßiges Ermessen - Ermessenseinschränkungen durch Rechtsvorschriften (Verwarnungsgeld- und Bußgeldkataloge) 	<p>42</p>

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<ul style="list-style-type: none"> - die gesetzlichen Bestimmungen der Befugnisse bei der Erforschung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten beherrschen - die Grundsätze des Ordnungswidrigkeitenverfahrens einschließlich des Verwarnungsgeldverfahrens kennen - anhand von Fällen aus dem täglichen Dienst die unterschiedlichen Eingriffsbefugnisse beurteilen 	<ul style="list-style-type: none"> - Problematik des Verfolgungszwanges bei Straftaten, Gefahr der Strafvereitelung im Amt - Anhörung Bußgeldbescheid Einspruch, Verwarnung <p style="text-align: center;">Eingriffsbefugnisse aus StPO</p> <ul style="list-style-type: none"> - zugestandene Eingriffsbefugnisse aus der StPO - Anwendbarkeit der StPO bei der Erforschung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten 	

4. Polizeidienstpraxis

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<p><i>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - die Regelungen zu ihrer Rechtsstellung kennen - Ermächtigung zur Anwendung unmittelbaren Zwangs durch Hilfsmittel und Waffen - die selbständige Fertigung schriftlicher, dienstlicher Stellungnahmen beherrschen - die Grundsätze der Vernehmung von Zeugen und Betroffenen kennen - die Grundregeln im Rahmen der Eigensicherung beherrschen - Anwendungsbereich und Reichweite der sog. Jedermannsrechte kennen - ihre Rechte und Pflichten bei der Feststellung von Straftaten kennen 	<p>§ 99 HSOG</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bestellung - Zuständigkeit - Uniform- und Ausweispflicht - Vermerke - Berichte - Dienstliche Erklärungen - Niederschriften - Anhörungsbogen - Belehrung - Auskunfts- und Zeugnisverweigerungsrechte - § 111 OWiG - Mittel der Eigensicherung - Doppelstreife - Recht auf vorläufige Festnahme - Notwehr - rechtfertigender Notstand - Zuständigkeiten - Strafanzeige, Strafantrag 	<p>24</p>

5. Spezialgesetzliche Regelungen

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<p><i>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Sinn und Bedeutung des gesetzlichen Überwachungsauftrags verstehen - die wichtigsten Verkehrszeichen, Verkehrseinrichtungen und Verkehrsregeln kennen - die Grundzüge des Fahrerlaubnis- und Zulassungswesens beherrschen - ihre Befugnisse, Rechte und Pflichten im Rahmen der Verkehrsüberwachung kennen - die zu beachtenden Grundprinzipien bei der Verkehrsregelung beherrschen - im wesentlichen mit den Zielen und dem Ablauf der Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung vertraut sein - über Sinn, Zweck und praktische Handhabung des Tatbestandskatalogs Bescheid wissen - die Grundbegriffe des Straßenrechts beherrschen - mit den rechtlichen und praktischen Problemen im Rahmen von Sondernutzungen, u. a. in Fußgängerzonen, vertraut sein 	<p>5.1. Straßenverkehrsrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahme der Gefahrenabwehr - Sachliche Zuständigkeiten - Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs - Straßenverkehrsordnung - Straßenverkehrsgesetz - Straßenverkehrszulassungsordnung - Fahrerlaubnisverordnung - Eingriffe in den fließenden Verkehr - Personalienfeststellung - Abschleppmaßnahmen - Zeichen und Weisungen von Polizeibeamten (§ 36 StVO) - Sonderrechte (§ 35 StVO) - Unfallschwerpunkte - Schulwegsicherung - Tempo 30-Zonen - Tatbestandskatalog <p>5.2. Straßenrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Widmung - Gemeingebrauch - Sondernutzungen 	<p>66 gesamt</p> <p>30</p> <p>6</p>

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<ul style="list-style-type: none"> - die unterschiedlichen Abfallbegriffe kennen - die Grundzüge des Abfallbeseitigungssystems beherrschen - die Möglichkeiten präventiver und repressiver Eingriffsmöglichkeiten kennen - mit den Voraussetzungen und Möglichkeiten einer infektionsschutzrechtlichen und tierseuchenrechtlichen Vorgehensweise vertraut sein 	<p>5.3. Abfall- und Hygienerecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz mit Hessischem Ausführungsgesetz - kommunale Abfallbeseitigungssatzung - Infektionsschutzgesetz - Tierseuchengesetz - Tollwutverordnung 	6
<ul style="list-style-type: none"> - die rechtlichen Grundlagen des Nachbarrechts beherrschen und auf konkrete Fälle anwenden können - erkennen, dass es sich um Privatrecht handelt und die Betroffenen in der Regel auf den Privatklageweg zu verweisen sind 	<p>5.4. Nachbarrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - §§ 903 ff. BGB - Hess. Nachbarrechtsgesetz - Reichweite und Grenzen des Eigentumsrechts - Unterlassung, Beseitigung, Schadensersatz 	6
<ul style="list-style-type: none"> - die Grundsätze des Tierschutzrechts beherrschen - Grundsätze und Anwendungsbereich der Hundeverordnung kennen - die rechtlichen Grundlagen und den praktischen Umgang mit Fundtieren kennen 	<p>5.5. Umgang mit Tieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tierschutzgesetz - GefahrenabwehrVO Hunde - §§ 965 ff. BGB 	6

Lernziele	Lerninhalte	Std.
<ul style="list-style-type: none"> - den Umweltschutz als wichtige Verwaltungsaufgabe erkennen - mit den Zielen und wichtigsten Grundsätzen des Umwelt- und Immissionsschutzrechts vertraut sein - den Anwendungsbereich und Ziele wichtiger Einzelgesetze kennen - wissen, welche Behörden jeweils im Einzelfall zuständig sind 	<p>5.6. Umweltrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lärmschutz - Gewässerschutz - Natur- und Landschaftsschutz - Schutz des Forstes - Vorsorgeprinzip - Verursacherprinzip - Kooperationsprinzip - BundesimmissionsschutzG - BundesnaturschutzG - BundeswaldG - Hessisches ForstG - Bundesjagdgesetz - Hessisches FischereiG - Wasserhaushaltsgesetz - Hessisches Wassergesetz 	<p>12</p>